

## Schweiz

## Die «Elite der Elite» hält Distanz zum Volk

Der Ständerat ist bei den Wahlen im Herbst besonders umkämpft. Für die SVP ist er «zu links». Doch die kleine Kammer ist nicht linker als der Nationalrat - anders indes schon.

## Von Jürg Sohm, Bern

Der Ständerat sei «zu links» und «zu EU-freundlich». Deshalb gelte es im Herbst, «die Gewichte zu verschieben». So begründete SVP-Präsident Toni Brunner Anfang Jahr den proklamierten «Sturm aufs Stöckli». Mit Kampfkandidaturen in sämtlichen Kantonen will die Volkspartei diesen Herbst versuchen, an den Mehrheitsverhältnissen in der kleinen Kammer zu rütteln.

Es dürfte beim Versuch bleiben. In Majorzwahlen haben nämlich polarisierende Kandidaten, wie sie die SVP meistens stellt, gegenüber unaufgeregten Konsenspolitikern in aller Regel das Nachsehen. So konnte die SVP in den letzten zwei Jahrzehnten zwar eindrucksvolle Wahlerfolge im Nationalrat erzielen, wo sie bei den letzten Wahlen 31 Prozent der Sitze eroberte. Nicht aber im Ständerat. Dort beträgt ihr Sitzanteil lediglich 15 Prozent.

Es waren andere, die in den letzten Jahren im Ständerat Erfolge feiern konnten: SP, Grüne und Grünliberale haben seit 1999 (auf Kosten der FDP) sechs

40 Prozent der Ständeräte tragen einen Dokortitel. Im Nationalrat sind es 15 Prozent, unter allen Erwachsenen 2 Prozent.

Sitze erobert. Damit ist zwar möglich geworden, dass die CVP mit der Linken Mehrheiten erreicht. An der klaren CVP/FDP-Dominanz hat sich aber nichts geändert. Die beiden bürgerlichen Parteien haben im Stöckli seit Jahrzehnten die absolute Mehrheit.

## In Wirtschaftsfragen klar rechts

Der Links-Vorwurf der SVP kann sich jedenfalls nicht auf die parteipolitische Zusammensetzung beziehen. Vielmehr zielt die SVP auf Beschlüsse des Ständerats, die im Widerspruch zu den eigenen Positionen stehen. Tatsächlich hat der Ständerat in den letzten Jahren - in Übereinstimmung mit der Linken - ökonomischer und ausländerpolitisch weniger restriktiv entschieden als der Nationalrat, wie die Schlussabstimmungen in den beiden Räten von 2001 bis 2011 zeigen, die der Politgeograf Michael Hermann untersucht hat (siehe Grafik). Aussenpolitische Öffnung und restriktive Ausländerpolitik sind Kernthemen der SVP, entsprechend verstimmt reagiert diese darauf, dass ihr Gewicht in diesen Fragen im Ständerat kaum Wirkung zeigt.

Auch von der Raser- und Jugendgewaltdebatte vor zwei Jahren liessen sich die Ständeräte nicht anstecken.



Im Ständerat wird gehobener und unpolitischer debattiert. Foto: R. Wyttenbach (Ex-Press)

Die SVP-Vorstösse zur Verschärfung des Strafrechts, denen der Nationalrat noch zugestimmt hatte, wurden im Ständerat versenkt. Die kleine Kammer zeigt sich zudem generell offener gegenüber gesellschaftlichen Liberalisierungen als der Nationalrat: So setzte sich eine Mehrheit des Ständerats lange

für die Legalisierung des Cannabis-konsums ein.

Den «linken» Ständerat gibt es somit in gewissen Themengebieten tatsächlich, dennoch ist das Bild differenzierter. In der Wirtschafts- und in der Finanzpolitik politisiert der Ständerat nämlich klar «rechter» als der National-

rat: Er ist offener gegenüber wirtschaftlichen Liberalisierungen und steht für eine restriktivere Finanzpolitik, wie Hermanns Untersuchung zeigt. Überhaupt nicht «links» entscheidet der Ständerat auch in Armeefragen und in der Sozialpolitik.

Hermann sieht denn auch nicht den Ständerat nach links gerutscht, vielmehr habe sich der Nationalrat in gewissen Themen (wie zum Beispiel der Ausländerpolitik) nach rechts orientiert - «im Einklang mit dem Zeitgeist». So hat die SVP im Nationalrat mit restriktiven Forderungen in den Bereichen Migration, Strafrecht und Aussenpolitik vermehrt Mehrheiten erreicht - weil sie selber immer stärker geworden ist und weil sie dadurch FDP und CVP stärker unter Druck zu setzen vermochte. Der Ständerat dagegen, wo die kleinere SVP-Delegation und ihre zumeist konzilianteren Vertreter weniger Druck auf die Mitteparteien ausübten, zeige sich «wenig beeindruckt von der herrschenden konservativen Stimmungslage», bilanziert Hermann.

Der Nationalrat politisiert denn auch näher beim Volk als der Ständerat: Seine Beschlüsse weichen weniger stark von jenen des Souveräns ab, wie Hermanns Vergleich der Schlussabstimmungen mit den jeweiligen Volksbeschlüssen zeigt. Nur bei Umweltthemen und in der Finanzpolitik zeigt die kleine Kammer eine ähnliche Volksnähe wie die grosse.

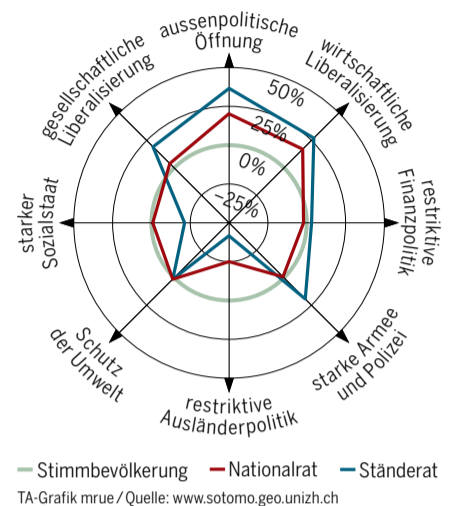
## Dem Zeitgeist nicht gehorchend

Resistent gegenüber dem jeweiligen Zeitgeist war der Ständerat schon früher: In den 70er- und 80er-Jahren widersetzte er sich dem links-grünen gesellschaftlichen Trend. Das ging so weit, dass Juso und Grüne den «erkonservativen Bremsklub» einst abschaffen wollten. Und heute, wo die kleine Kammer ausgerechnet von rechts unter Beschuss ist, zeigt sich der Ständerat beispielsweise in der Frage des AKW-Ausstiegs zurückhaltender als der Nationalrat. Statt dem Ausstieg einfach zuzustimmen, ringen die Ständeräte gegenwärtig heftig um einen Kompromiss (TA vom Samstag).

Die Unterschiede zwischen den beiden Parlamentskammern lassen sich besser mit der personellen Zusammensetzung als mit politischer Ausrichtung erklären. In den Ständerat gewählt werden nämlich in der Regel erfahrene und altgediente Nationalräte und Kantons-exekutivpolitiker - zwei von drei Ständeräten politisierten zuvor im Nationalrat oder in einer Kantonsregierung. Der Anteil der Juristen ist doppelt so hoch wie im Nationalrat, was sich auf die Debatten auswirkt, die fachlich auf hohem Niveau, aber oft seltsam unpolitisch ge-

## So unterscheiden sich National- und Ständerat

Abweichung der Ratsentscheide von den eidgenössischen Volksabstimmungen 2001-2011 (in Prozentpunkten)



führt werden. Auch tragen fast 40 Prozent der Ständeräte einen Dokortitel - gegenüber 15 Prozent der Nationalräte und 2 Prozent der erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer.

## Mit hehren Prinzipien

Hermann sieht die Ständeräte als «Elite der politischen Elite» - mit hehren Prinzipien: Sie halten Rechtsstaatlichkeit und internationale Gepflogenheiten höher und sind skeptischer gegen alles Populistische als die bodenständigeren, volksnäheren Nationalräte. Sie erlauben sich eher noch als die Nationalräte, sich dem Fraktionszwang zu widersetzen und parteipolitisch unabhängige Positionen zu vertreten. Und weil ein Ständerat viermal mehr Stimmkraft hat als ein Nationalrat, ist auch das Lobby-Gewicht der ständerätlichen Interessenvertreter grösser, was vor allem in der Gesundheitspolitik spürbar ist.

Der Ständerat spielt damit je nach Thema eine höchst eigenständige Rolle, gleichsam als Korrektiv zum Nationalrat. Diese Eigenständigkeit rechtfertigt die Existenz der zweiten Kammer überhaupt - denn völlig gleichgeschaltet bräuchte es sie gar nicht.

## Eidgenössische Wahlen

23. Oktober 2011



wahljahr.tagesanzeiger.ch

## TA-Journalistin erhält deutschen Preis

Der Nachwuchspreis des deutschen Journalistinnenbundes geht in diesem Jahr erstmals an eine Redaktorin aus der Schweiz: an Simone Rau vom «Tages-Anzeiger». Sie hat am Samstag in Berlin den mit 1000 Euro dotierten Preis «Andere Worte - neue Töne» für ihre Reportage «Die Krankpflegerin» erhalten.

Der Text erschien am 22. Januar dieses Jahres im «Magazin». Darin erzählt die Inland-Redaktorin des «Tages-Anzeigers» die Geschichte einer Mutter, die ihre kleine Tochter immer wieder bewusst krank macht, um sie dann - vordergründig fürsorglich - wieder gesundpflegen zu können. Ein fataler Kreislauf, den lange niemand durchschaut: nicht die Ärzte, die das Kind regelmässig untersuchen, und auch nicht der Vater, der das sogenannte Münchhausen-Stellvertreter-Syndrom seiner Frau bis zuletzt mit Mutterliebe verwechselt.

Der 32-jährigen Simone Rau sei mit der «Krankpflegerin» ein «beinahe schon krimihaft spannender Text» gelungen, befand die Jury. Der Artikel zeuge von «fundiertem Recherchehandwerk» sowie von einem «auffallenden Gespür für Dramaturgie». (TA)

Die Reportage finden Sie unter:

www.journalistenpreis.tagesanzeiger.ch

## Die Erstklässler bleiben von schlechten Noten verschont

Das Waadtländer Volk sagt Nein zu einer Initiative, die Schulreformen rückgängig machen wollte.

## Von Richard Diethelm

Am Ende konnte sich die Waadtländer Bildungsdirektorin Anne-Catherine Lyon (SP) doch noch durchsetzen. Vor zwei Wochen sah es anders aus: Lyon befürchtete nach einer Meinungsumfrage, sie müsse Schulreformen rückgängig machen und bereits ab der 1. Klasse wieder Zeugnisse mit Noten ausstellen lassen. Denn laut den Umfrageresultaten zog das Volk die Initiative «Ecole 2010 - Rettet die Schule» einem Gegenvorschlag von Regierung und Parlament vor.

Trotzig erklärte Lyon damals: «Ich werde alles tun, was in meiner Macht steht, um diese Abstimmung zu gewinnen.» Der Endspurt ist ihr geglückt: Bei einer Stimmbeteiligung von 40 Prozent unterstützten 52 Prozent der Waadtländerinnen und Waadtländer den Gegenvorschlag und nur 42 Prozent das Volksbegehren.

Dies nach einem leidenschaftlich geführten Abstimmungskampf. Schulreformer und Kreise, die der «Reformitis»

überdrüssig sind, ereiferten sich nicht nur über Notenzugnisse in der Primarschule. Sie stritten auch darüber, ob die Oberstufe (7. bis 9. Klasse) möglichst durchlässig sein soll - oder streng getrennt nach guten, mittelmässigen und schwachen Schülern.

Die Volksinitiative, welche die SVP und der Arbeitgeberverband unterstützten, hatten eine Gruppe von Lehrkräften und Elternvereine lanciert. Das Volk entschied sich nun aber für den Gegenvorschlag. Er sieht vor, dass es künftig ab der 3. statt wie bisher ab der 5. Klasse Noten geben soll.

## Nur noch zwei Oberstufentypen

Gleichzeitig reformiert der Gegenvorschlag die Oberstufe. Dort gab es in der Waadt bisher drei Schultypen, die man in der Deutschschweiz als Progymnasium, Sekundar- und Realschule bezeichnen würde. Nun wird die Sekundar- und Realschule zusammengelegt, wobei die Schüler in den Hauptfächern je nach Leistungsniveau getrennt unterrichtet werden. Die Volksinitiative hingegen wollte die drei Schultypen beibehalten und dabei die Oberstufenschüler strenger trennen. Die heutige Realschule oder «Wahlfachschule», die in der Bevölkerung einen schlechten Ruf hat,

wollte sie ganz auf spätere Berufslehren ausrichten.

## Weit verbreiteter Notenstreit

Auch in anderen Westschweizer Kantonen haben sich in den vergangenen Jahren die Gemüter an den Noten und der Selektion in der Oberstufe erhitzt. Zum Beispiel in Genf, das in den 90er-Jahren die Noten in der Primarschule ganz abgeschafft hatte. Dort stimmte das Volk 2006 wuchtig für eine Initiative zwecks Wiedereinführung der Noten ab der 3. Klasse. Drei Jahre später folgte das Genfer Volk Regierung und Parlament, die auf Druck von Initiativen einen Gegenvorschlag unterbreiteten, der

## Ausländer Weiterhin ohne kantonales Stimm- und Wahlrecht

In der Waadt dürfen niedergelassene Ausländer auch weiterhin nur auf kommunaler Ebene abstimmen und wählen. Das Volk lehnte gestern die Initiative «Hier leben und wählen» mit 69 Prozent Nein-Stimmen klar ab. Das von Rot-Grün und der CVP unterstützte Begehren wollte Ausländern, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz und davon seit drei Jahren in der Waadt leben, das aktive und passive Wahlrecht auch auf Kantonsebene zugestehen. Heute dürfen

einen Wechsel von zwei auf drei - allerdings gut durchlässige - Schultypen vorsah.

Im Kanton Zürich erhalten Primarschüler ihr erstes Notenzugnis in der 2. Klasse, im Kanton Bern in der 3. Klasse. In der Oberstufe wechseln sehr gute Zürcher Schüler ins Langzeitgymnasium; die andern gehen in die Sekundarschule, welche die Gemeinden auf den Niveaus A, B und C führen können. Die Stadt Zürich und viele andere Schulgemeinden begnügen sich aber mit einer «Sek A» und einer «Sek B». Im Kanton Bern haben die Gemeinden die Wahl zwischen fünf verschiedenen Modellen mit mehr oder weniger Durchlässigkeit.

Ausländer nur in Neuenburg und im Jura auf kantonaler Ebene abstimmen und wählen, aber nicht in ein Amt gewählt werden.

Mit 61 Prozent Ja-Stimmen befürwortete das Waadtländer Volk dagegen eine Verfassungsänderung, wonach Gemeinden mit über 3000 Einwohnern ihr Parlament ab 2016 nach dem Proporzsystem (Verhältnisswahl) bestellen müssen. Bisher war es solchen Gemeinden erlaubt, den Einwohnerrat auch im Majorzverfahren zu wählen. (di)